



Institute for the Documentation of Human Rights Violations against Religious Minorities in the Levant

WHERE SILENCE ENDS AND JUSTICE BEGINS

Straßburg, 9. Oktober 2025

Resolutions-Entwurf

„Ein Syrien für alle – Rahmenbedingungen für integrative Regierungsführung, Gerechtigkeit und Frieden“

Eingereicht beim

Europäischen Parlament

durch das

Institut zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen
gegen religiöse Minderheiten in der Levante (IDHRV-ARMIL)

in Zusammenarbeit mit

Vertretern der Zivilgesellschaft und betroffenen Gemeinschaften

0. Einleitung

- In der Erkenntnis, dass die Souveränität, territoriale Integrität und Einheit der Arabischen Republik Syrien unantastbar bleiben müssen und dass jeder dauerhafte Frieden auf Gleichheit, Gerechtigkeit und Inklusion für alle Bürger unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion oder politischen Überzeugung beruhen muss;
- Unter Hinweis auf die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte;
- In Anerkennung des beispiellosen Leids des syrischen Volkes – insbesondere der indigenen und Minderheitengemeinschaften, darunter Alawiten, Christen, Drusen, Ismaeliten, Jesiden und andere –, das während des jahrelangen Konflikts Verfolgung, Vertreibung und Gewalt erdulden musste;
- Tief besorgt darüber, dass gewalttätige extremistische Organisationen, von denen einige Unterstützung von außen erhalten haben, Massengräueltaten begangen haben, darunter ethnische Säuberungen und die Zerstörung des pluralistischen kulturellen Erbes Syriens;
- In Anerkennung der Tatsache, dass ausländische Einmischung, sei es durch die Bewaffnung extremistischer Gruppen oder die Provokation innerer Spaltungen, den Konflikt verlängert, die sektiererische Polarisierung vertieft und die Bemühungen um Frieden und nationale Aussöhnung behindert hat;
- Mit Besorgnis Kenntnis nehmend von anhaltenden regionalen Berichten und Vorwürfen, dass bestimmte externe Akteure, darunter Israel, unter dem Vorwand des Schutzes zur Eskalation der Spannungen in den von Drusen bewohnten Gebieten beigetragen und damit sowohl die Stabilität der Gemeinschaft als auch die Souveränität Syriens gefährdet haben könnten;
- Bekräftigung, dass Frieden und Stabilität nur durch nationale Einheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Übergangsjustiz und demokratische Regierungsführung unter der souveränen Autorität der Arabischen Republik Syrien erreicht werden können;
- Betonung, dass Syrien ein nicht föderales Regierungssystem einführen muss, das ein Gleichgewicht zwischen nationaler Einheit und lokaler Selbstbestimmung herstellt und sicherstellt, dass die Provinzen von ihrer lokalen Bevölkerung regiert werden und eine sinnvolle Autonomie in den Bereichen Verwaltung, Justiz und Wirtschaftsführung genießen;
- In der Erkenntnis, dass jeder legitime Übergang die uneingeschränkte Beteiligung aller Syrer durch freie, faire und international überwachte Wahlen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen erfordert;
- In Würdigung der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und anderer regionaler und globaler Partner, einen demokratischen Übergangs-, Wiederaufbau- und Versöhnungsprozess im Einklang mit dem Völkerrecht zu unterstützen;
- Geleitet von den Grundsätzen der unparteiischen Justiz, der inklusiven Regierungsführung und des Schutzes der pluralistischen Identität Syriens;

verabschiedet das Europäische Parlament / der Menschenrechtsrat hiermit die folgenden Empfehlungen:

1. Regierungsführung und Dezentralisierung

- Bekräftigt, dass die Arabische Republik Syrien ein Einheitsstaat bleiben soll, der durch ein nicht föderales System mit ermächtigten Provinzen regiert wird, deren Führung aus der lokalen Bevölkerung hervorgeht und die unter nationalen Koordinierungsmechanismen die Autorität über lokale Sicherheitskräfte und Justizbehörden ausübt.
- Unterstützt die Einrichtung gewählter Provinz- und Gemeinderäte, die für Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, Stadtplanung und öffentliche Sicherheit zuständig sind, mit einer proportionalen Vertretung von Minderheiten, die mindestens zehn Prozent der lokalen Bevölkerung ausmachen.
- Fördert eine konsensbasierte nationale Regierungsführung durch eine große Koalitionsregierung und parlamentarische Regeln, die eine Zweidrittelmehrheit für Gesetze erfordern, die Identität, Religion oder kulturelle Rechte betreffen, sowie eine verfassungsrechtlich überprüfbare Minderheitenschutzklausel, die sich auf Grundrechte und kulturelle Integrität beschränkt.

2. Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit

- Fordert die unverzügliche Verabschiedung eines umfassenden revidierten Strafgesetzbuches, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen einschließlich Befehlsverantwortung, Hassverbrechen, Verschleppungen, Folter, sexuelle Gewalt und Plünderungen als schwere Straftaten einbezieht.
- Gewährleistet die vollständige Angleichung der nationalen Gesetzgebung an das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs.
- Fordert die Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft, hybrider Justizgremien, die sich aus syrischen und internationalen Richtern zusammensetzen, um Unparteilichkeit zu gewährleisten, sowie eines Zeugenschutzgesetzes, das Anonymität, Umsiedlung und Sicherheit garantiert.
- Befürwortet eine Reform des Sicherheitssektors, um ein zivil kontrolliertes Innenministerium, eine den lokalen Behörden rechenschaftspflichtige kommunale Polizei, die Auflösung von Milizen innerhalb von sechs Monaten und den dauerhaften Ausschluss von Personen, die in Kriegsverbrechen oder Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind, aus öffentlichen Ämtern zu gewährleisten.

3. Sichere und freiwillige Rückkehr

- Betont, dass die Rückkehr aller Flüchtlinge und Binnenvertriebenen gemäß dem UNHCR-Rahmenwerk für dauerhafte Lösungen sicher, freiwillig, würdevoll und informiert erfolgen muss.
- Unterstützt die Einrichtung einer „Syrischen Kommission für Eigentumsansprüche“ (*Syrian Property Claims Commission; Commission syrienne pour les revendications foncières*), um Ansprüche innerhalb von fünf Jahren zu klären, wobei alternative Nachweise wie Stromrechnungen oder kirchliche Registerdokumente akzeptiert werden, wenn keine Eigentumsurkunden vorliegen.
- Fordert die Einrichtung eines Wiederaufbau- und Entschädigungsfonds, der vom syrischen Staat und internationalen Gebern finanziert wird, um Rückerstattung und Entschädigung sicherzustellen.
- Fordert eine von den Vereinten Nationen geleitete Koordinierung der Sanierung von Minen und Blindgängern, der Wiederherstellung grundlegender Dienstleistungen und des Schutzes vor Zwangsumsiedlungen oder demografischen Manipulationen.

4. Übergangsjustiz und nationale Aussöhnung

- Befürwortet die Einrichtung einer Wahrheits- und Erinnerungskommission für einen Zeitraum von 18 bis 24 Monaten, um die Aussagen von Überlebenden zu sammeln, zu überprüfen und öffentlich zu dokumentieren sowie verbindliche Empfehlungen auszusprechen.
- Lehnt jede pauschale Amnestie für Verbrechen wie Mord, Folter, sexuelle Gewalt oder ethnische Säuberungen ab.
- Unterstützt eine bedingte Begnadigung für geringfügige Straftäter nach vollständigem Geständnis und Zustimmung der Opfer.
- Fordert opferzentrierte Wiedergutmachungsmaßnahmen, darunter medizinische Versorgung, psychologische Unterstützung, Bildungshilfe und vertrauliche Rehabilitation für Überlebende sexueller Gewalt.
- Empfiehlt regionale Außenstellen, um die Beteiligung der ländlichen und vertriebenen Bevölkerung sicherzustellen, und fördert die Einbeziehung von Frauen- und Jugendvertretern in alle Versöhnungsgremien.

5. Religions-, Kultur- und Bildungsfreiheit

- Fordert die Arabische Republik Syrien auf, ein Gesetz über Religionsfreiheit und Antidiskriminierung zu verabschieden, das den Schutz von Kultstätten, die Freiheit der Religionsausübung und Bestattungsriten im Einklang mit kulturellen Traditionen garantiert.
- Unterstützt die Wiederherstellung und digitale Archivierung zerstörter Kulturerbestätten in Zusammenarbeit mit der UNESCO.
- Fördert den Pluralismus im Bildungswesen, einschließlich Lehrplänen zu Menschenrechten und dem Unterricht von Minderheitensprachen wie Syrisch und Aramäisch.

6. Medien und Meinungsäußerung

- Unterstützt die Verabschiedung eines Gesetzes über unabhängige Medien, das die Pressefreiheit garantiert und die direkte oder indirekte Eigentümerschaft oder Kontrolle von Medien durch Militär- oder Sicherheitsbehörden verbietet.
- Verurteilt alle Formen von Hassreden und Aufrufen zur Gewalt und fordert administrative Strafen für Verstöße.
- Bekräftigt das Recht auf Gegendarstellung und öffentliche Rechenschaftspflicht als wesentliche Bestandteile einer demokratischen Regierungsführung.
- Befürwortet die Einrichtung eines nationalen Medienombudsmanns, der Beschwerden bearbeitet und für ethischen Journalismus sorgt.

7. Wirtschaftliche Anreize und Friedensanreize

- In der Erkenntnis, dass wirtschaftliche Stabilisierung für einen nachhaltigen Frieden unerlässlich ist, wird empfohlen, gezielte Sanktionen ausschließlich gegen Kriegsverbrecher zu verhängen und humanitäre und Wiederaufbaumaßnahmen davon auszunehmen.
- Fordert ein Compliance-Belohnungssystem, das Hilfe für Provinzen priorisiert, die eine inklusive Regierungsführung und den Schutz der Menschenrechte umsetzen.
- Fördert Programme für Beschäftigung für Frieden und Wiederaufbau, um ehemalige Kämpfer und Rückkehrer durch öffentliche Wiederaufbauarbeiten, Minenräumung und Umweltsanierung wieder in die Gesellschaft zu integrieren.
- Fordert internationale Investitionsgarantien und transparente Beschaffungsprozesse, um Korruption zu verhindern und die Beteiligung lokaler Unternehmen zu fördern.

8. Aufsicht und Überwachung

- Fordert, dass eine zivile Beobachtungsmission der Vereinten Nationen oder eine gemeinsam beauftragte regionale zivile Beobachtungsmission mit landesweitem Zugang eingesetzt wird, um die Umsetzung zu überwachen und alle drei Monate öffentlich Bericht zu erstatten.
- Fordert nachdrücklich die öffentliche Transparenz der vierteljährlichen Berichte durch Online-Veröffentlichung und parlamentarische Briefings.
- Fordert die Nationale Menschenrechtskommission auf, Büros in Latakia, Suweida, Homs, Aleppo und Al-Hasaka einzurichten.
- Ermutigt die Bildung eines Ausschusses für parlamentarischen Pluralismus, der monatliche Sitzungen abhält, Minister befragt und Berichte veröffentlicht.

9. Regionale und externe Akteure

- Nimmt mit Besorgnis glaubwürdige Berichte zur Kenntnis, wonach bestimmte externe Akteure, darunter Israel, unter dem Vorwand des Schutzes möglicherweise zu Unruhen in drusischen Gebieten beigetragen haben, was, falls sich dies bestätigt, eine gegen das Völkerrecht verstoßende Einmischung darstellen würde.
- Betont, dass eine solche Beteiligung, sollte sie sich bestätigen, eine externe Einmischung darstellen würde, die der regionalen Stabilität und dem Völkerrecht zuwiderläuft.
- Ermutigt regionale Dialogforen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, um Nicht-Einmischungszusagen zwischen Nachbarstaaten zu fördern.
- Fordert alle regionalen und globalen Akteure nachdrücklich auf, die Souveränität Syriens zu respektieren, Stellvertreterkonflikte zu vermeiden und inklusive, nicht-konfessionelle Friedensinitiativen zu unterstützen, die alle Gemeinschaften schützen.

10. Verantwortung des Westens

- Erkennt die moralische und politische Verantwortung der westlichen Welt an, jegliche Unterstützung für gewalttätige extremistische Organisationen einzustellen, die Gräueltaten gegen die indigene Bevölkerung Syriens begangen haben.
- Fordert die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und die verbündeten Mächte nachdrücklich auf, alle Formen der Unterstützung extremistischer Gruppen zu beenden und säkularen, inklusiven und auf Rechten basierenden Wiederaufbaumaßnahmen Vorrang einzuräumen.
- Fordert die westlichen Nationen auf, humanitäre Hilfe, Bildung und den Schutz von Minderheiten als zentrale Säulen des Wiederaufbaus zu priorisieren.

11. Rolle der Vereinten Nationen

- Fordert die Vereinten Nationen auf, mit voller Unterstützung der Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und anderer internationaler Partner freie, faire und transparente Wahlen in ganz Syrien unter internationaler Aufsicht zu organisieren.
- Fordert die Vereinten Nationen auf, eine unabhängige Wahlkommission unter syrischer Beteiligung einzurichten, um die Wählerregistrierung, die Integrität der Stimmzettel und die internationale Beobachtung zu überwachen.
- Betont, dass diese Wahlen die gleichberechtigte Teilnahme aller Bürger gewährleisten und zu einer legitimen, rechenschaftspflichtigen und repräsentativen Regierung im Rahmen der Verfassung der Arabischen Republik Syrien führen müssen.

Verabschiedet unter der Schirmherrschaft des *Instituts zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten in der Levante (IDHRV-ARMIL)*, welches Opfer, Überlebende und Verfechter eines gerechten, pluralistischen und demokratischen Syriens vertritt, und dem Europäischen Parlament zur Billigung vorgelegt.

Dr. Jens Kreinath
Direktor | IDHRV-ARMIL
Website: www.idhrv.org
Kontakt: jens.kreinath@idhrv.org

Das *Institut zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen gegen religiöse Minderheiten in der Levante (IDHRV-ARMIL)* ist eine unabhängige und steuerbefreite gemeinnützige Organisation gemäß 26 U.S.C., Internal Revenue Code, § 501(c)(3), die am 24. Juli 2025 beim Staatssekretär von Kansas registriert und gegründet wurde.

Gerichtsstand: Wichita U.S. Courthouse für das Bezirksgericht der Vereinigten Staaten für den Bezirk Kansas, 401 N Market St, Raum 204, Wichita, KS 67202, USA +1-316-315-4200.